



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/WI/98 - 2. Mai 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Seite:

Zeilen:

1	<u>Die Rechnung wird mit dem Wirt gemacht:</u> Nach der Verkündung des Regierungsprogramms der SPD	50
2	<u>Die Kundgebung der 700.000</u> Zur Feier des 1. Mai in Berlin	48
3 - 4	<u>Zwiespältige Gefühle gesandter Servatius in Israel</u> Richtmann - Servatius - Spengler Von Carl L. Guggemos, s. Zt. Jerusalem	65
5 - 6	<u>Was Dicks verschwieg</u> Versäumnisse auf dem Gebiet des Städtebaues und der Raumordnung Von Dr. Julius Bracht, MdE	61
7	<u>Rechtsdrall bei den "Gesamtdeutschen"</u> Klänge aus jüngst vergangenen Zeiten	46

* * *

Zur Beachtung: Auf Grund mehrerer Anfragen teilen wir unseren Abonnenten mit, dass wir in der Lage sind, den von Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Karl Bechert in SPD-Pressedienst Anfang März dieses Jahres veröffentlichten Artikel

"Luftverunreinigung - ein Grundübel unserer Zeit"

nachzuliefern. Die Arbeit von Prof. Dr. Bechert enthält die neuesten Untersuchungsergebnisse der gesundheitsschädlichen Auswirkungen durch Luftverunreinigung in den Industriegebieten.

Die Redaktion

Die Rechnung wird mit dem Wirt gemacht!

Nach der Verkündung des Regierungsprogramms der SED

sp- Es ist zu begrüßen, dass die in- und ausländische Presse das Regierungsprogramm der Sozialdemokratie gewissenhaft analysiert hat. Kaum eine Publikation von Bedeutung ist an diesem Ereignis vorbeigegangen. Wenn auch hier und dort Skepsis über die Realisierungsmöglichkeiten der sozialdemokratischen Forderungen auftaucht, so wird doch von den objektiven Berichterstattern und Kommentatoren keineswegs verschwiegen, dass Willy Brandt und seine Mannschaft die richtige Alternativposition zur Selbstbelobigungstaktik der Adenauer-Partei bezogen haben.

Den Skeptikern ist zu sagen: Die Sozialdemokratische Partei und die Fachleute, die das Regierungsprogramm ausarbeiteten, haben sich nichts geschenkt. Jede Forderung ist auf ihre Realisierbarkeit durchgerechnet. Das Ergebnis dieser Rechnung wird in Kürze von dem Mannschaftsmitglied Dr. Alex Müller bekanntgegeben werden. Im übrigen hat auch Willy Brandt in seiner Rede am vergangenen Freitag deutlich gemacht, dass die Sozialdemokratie nicht gewohnt ist, mit billigen Wahlversprechungen zu manipulieren.

Was heisst aber eigentlich "Wahlversprechungen"?

Die Bundesrepublik weist ein Sozialprodukt von 275 Milliarden DM auf. Die Grossindustrie an der Ruhr hat -un nur ein Beispiel zu nennen- im vergangenen Jahre 18 Milliarden DM investiert. Die Zeitung "Die Welt" berichtet heute in ihrem Wirtschaftsteil, dass Bund, Länder und Gemeinden in diesem Jahre rund 10 Milliarden DM mehr Steuern einnehmen werden als 1960!

Ist es angesichts dieser Zahlen "unrealistisch", zu fordern, dass die Millionen Menschen an der Ruhr endlich wieder frei atmen sollen? Dass Breck und Gift eingedämmt werden? Ist es zum Beispiel "unrealistisch", wenn die Sozialdemokratie angesichts der Milliarderverdienste in der Grossindustrie die Anpassung der Renten an das steigende Sozialprodukt fordert und eine Mindestrente von monatlich 225 DM anstrebt?

In den Krankenhäusern der Bundesrepublik fehlen 70 000 Betten! Kann man die Forderung nach der Anpassung unseres Gesundheitswesens an die Leistungen der Gesamtwirtschaft als "Wahlversprechen" bezeichnen?

Oder ist es gar "utopisch", wenn eine Partei, die sich anschickt, die Verantwortung in der Staatsführung zu übernehmen, den Staatsbürgern sagt, dass sie im Zeichen der Hochkonjunktur das gesamte Bildungswesen für Überholungsbedürftig hält und dem Volke entsprechende Vorschläge zur Überwindung eines kulturellen Rückstandes unterbreitet?

Wir meinen, dass sich die Sozialdemokratie glücklich an Volke verständigen würde, wenn sie nicht gesagt hätte, was zu tun ihr notwendig erscheint. Die Regierungspartei hat auf ihrem Kongress in Köln erklärt, sie wolle so weitermachen wie bisher. Nun, wenn sich dieses "Weitermachen" darauf beschränkt, die ungelösten sozialen Probleme in der Bundesrepublik ungelöst zu lassen, dann stellt sich die Sozialdemokratie die Aufgabe, mit dem Volk in aller Offenheit über den notwendigen sozialen Fortschritt zu diskutieren. Sie wird niemandem dabei etwas versprechen, was sie nicht verantworten kann. Sie wird die Rechnung nicht ohne, sondern mit dem Wirt machen!

Die Kundgebung der 700 000

sp - Wieder einmal hat die Berliner Bevölkerung bewiesen, dass Berlin keine weiche Stelle im Westen ist und niemals eine sein wird. In einer der größten Demonstrationen der Nachkriegszeit legten 700 000 Berliner vor der traditionsreichen Stätte des Reichstages ein Bekenntnis für die freiheitlichen Ideale des Westens ab, während auf der anderen Seite das Brandenburger Tor die gedrillten und uniformierten zwangsgepressten Heerschaaren des Parkow-Regimes für etwas marschieren musste, das in krassen Widerspruch zu dem Sinn und Wertgehalt des 1. Mai steht. Es ist dies schon seit den Tagen der Spaltung Berlins und unseres Vaterlandes ein gewohntes Bild: Diesseits freie Männer und Frauen, durch gemeinsame Ideale verbunden, jenseits Geknechtete, denen es verwehrt bleibt, das zu sagen und danach zu handeln, wonach es ihnen verlangt.

Die Maiafeiern in der Bundesrepublik wie auch in Berlin standen unter der Losung: Freiheit und Frieden für die ganze Welt! Für Berlin hatte dies eine ganz besondere Bedeutung, ist doch diese Stadt stets bedroht und muss sich täglich dem Griff des Ostens erwehren. Am Beispiel Berlin und am Beispiel des gespaltenen Deutschland wird der kommunistische Imperialismus offenkundig. Nirgendwo in der Welt tritt er so deutlich zutage wie hier. Die Berliner sind das Gewissen der deutschen Nation, unermüdete Wächter im Ringen um die Verwirklichung des dem deutschen Volke vorenthaltenen Selbstbestimmungsrechtes. Das macht ihre Grösse und ihre Stärke aus, das verleiht ihnen moralische Kraft.

Nicht nur die mit uns verbündete westliche Welt weiss dies. Berlins einmalige Rolle als Vorposten der Weltdemokratie wird auch in den blockfreien Ländern erkannt und geschätzt. Nur so ist es zu erklären, dass bei der Maiafeier dieses Jahres in Westberlin eine ungewöhnlich grosse Anzahl von Vertretern Afrikas und Asiens erschienen war. Sie kamen aus Kamerun, aus dem Kongo, von der Elfenbeinküste, aus Nigerien, aus dem Senegal, aus der Sierra Leone, dem jüngsten, sich der Unabhängigkeit erfreuenden Staates, aus dem Tschad, der Türkei, aus Marokko, Jordanien, aus Ostpakistan und Indien. Repräsentanten von Ländern also, in denen das Selbstbestimmungsrecht erkämpft wurde, oder denen es unter dem Druck der Weltmeinung gewährt werden musste. Sie haben den Kolonialismus hinter sich. Sie kamen nach Berlin und nach Deutschland und wurden so Zeugen eines neuen Kolonialismus, der sich unter Missbrauch ewiger Menschheitsideen im Herzen Mitteleuropas ausgebreitet hat.

Der Wunsch der Deutschen, wieder zusammenzufügen, was durch Willkür und imperialistisches Herrschaftsstreben gewaltsam auseinandergerissen wurde, wird bei ihnen auf Sympathie und Verständnis stossen. Hier, angesichts der 700 000 Berliner, konnten sie Wahrheit von der Lüge, demokratisches Wollen und totalitäre Zwangsherrschaft unterscheiden. Das deutsche Volk braucht solche Freunde, es braucht auch zur Verwirklichung seines Anspruchs auf Selbstbestimmung die Unterstützung auf weltweiter Ebene aller, die das Joch des Kolonialismus und der Fremdherrschaft, der Bevormundung und der Gängelung abschütteln wollen.

Zwiespältige Gefühle gegenüber Servatius in Israel

Von Carl L. Guggenoes, z.Zt. Jerusalem

In der vergangenen Woche ist in Jerusalem ein fühlbarer Stimmungsumschwung zu beobachten gewesen. Er galt dem Verteidiger des Mannes, der sich die Ausrottung der Juden zum Ziel gemacht hatte; er ist aber nicht nur für ihn spürbar. Dr. Servatius hat sich auch jene wenigen Sympathien, die man dem Mann noch entgegenbringen konnte, der es auf sich nahm, Eichmann zu verteidigen, nahezu verscherzt. Der Stimmungsumschwung ist in der Wandlung der Fragestellung fühlbar, die wir deutschen Journalisten zu hören bekommen. Fragte man früher allgemein nach der Stellung des deutschen Volkes zum Eichmann-Prozess und war dann und wann mit vagen Antworten zufrieden, so lautet nun die Frage konkret: "Fragt Servatius im Gericht für die deutschen Nazis?" oder gar: "Was ist Servatius für ein Mann? Ist er ein Nazi?"

"Friedliche Bürger nach 1945"

In den ersten Tagen hatte der Kölner Verteidiger Adolf Eichmann einmal als einen seit dem Kriege gewandelten Mann hingestellt, als einen seit 1945 "friedlichen Bürger". Man hat diese Entgleisung des Verteidigers als eine einmalige hingesehen. Als nach der zweitägigen Rede des Generalstaatsanwaltes Hausner tagelang die rauhe Stimme Eichmanns vom Tonband zu hören war und spürbar wurde, dass sich dieser Zyniker der Macht, wenn überhaupt, so doch nur in Worten gewandelt hat, verstand man Servatius' Behauptung schon nicht mehr.

Die ersten Kreuzverhöre, die Dr. Servatius dank mit den Zeugen des Generalstaatsanwaltes anstellte, erregten den Unmut der Israelis vollends.

"Geschichte"

Servatius hatte den Historiker, Professor Baron, in eine geschichtsphilosophische Auseinandersetzung verwickelt, als er Hegel und -ansgerochret-Oswald Spengler zitierte, nach denen sich die Geschichte der Menschheit in wesentlichen ohne deren Zutun entwickelt. Abgesehen davon, dass insbesondere Hegel von Servatius gründlich missverstanden wurde, wurde diese Fragestellung hier so verstanden, als habe

Servatius die Vernichtung des jüdischen Volkes gleichsam als "zwangsläufige geschichtliche Entwicklung" hinstellen wollen, zumal er in der nächsten Frage aufwarf, ob nicht die physische Vernichtung eines Großteils des jüdischen Volkes durch die Nazis sich in ihr Gegenteil verkehrt hätte, als durch diese Belastung der Widerstandswille des Volkes geweckt, gestärkt worden war und die Gründung des jüdischen Staates zu einem so sichtbaren Erfolg geführt hätte.

Reaktion des "Mannes auf der Strasse"

Nicht allein die Kommentare der hebräischen Presse sind sehr scharf, auch die Reaktion des "Mannes auf der Strasse" ist heftig. "Wie kann er nur", wurde vom Taxifahrer und von der Hauswirtin gefragt. Der Unmut richtet sich nicht allein gegen den deutschen Verteidiger, zunehmend auch gegen die eigene Regierung und sogar gegen den Vorsitzenden des Sondergerichts im Bet Ha'ar, im Volkshaus: "Wir bezahlen mit unseren Steuern die Verteidigung dieses Eichmanns, und werden dafür von diesem Servatius in unserem eigenen Lande beleidigt".

Der Regierung wird der Vorwurf gemacht, sie habe durch die Übernahme der Verteidigungskosten diese Provokationen erst ermöglicht. Den Vorsitzenden, Moshe Landau, wirft man vor, er treibe die Toleranz und die Fairness des Gerichtsverfahrens zu weit, wenn er beispielsweise die Servatius-Frage an den Historiker Baron zulasse, aus welchen Gründen die Juden denn in allen Zeiten und überall in der Welt gehasst würden. Die Gewerkschaftszeitung Davar formuliert noch sehr vorsichtig, wenn sie schreibt, diese Frage "hätte in der von Servatius gewählten Form nicht an einen Juden gestellt werden dürfen".

"Servatius sollte sich bewusst sein..."

Es erhebt sich die Frage, was Servatius zu seiner Linie der Verteidigung bewegt. Er selbst läßt sich in den letzten Tagen kaum zu Äußerungen gegenüber deutschen Journalisten bewegen. Er scheint wohl verbittert darüber, dass er von deutschen Journalisten nicht genügend gewürdigt wird.

Servatius sollte sich bewusst sein, dass er die wohl schwierigste Aufgabe übernommen hat, die einem deutschen Juristen gestellt werden konnte: Vor einem israelischen Gericht einen Mann zu verteidigen, der eine schier untragbare Last an Schuld an jüdischen Volk auf sich geladen hat.

Was Mücke verschwieg

Von Dr. Julius Brecht, MdB

Die Rede von Wohnungsbauminister Mücke auf dem CDU-Parteitag brachte inhaltlich gegenüber den sonstigen Reden des Ministers nichts Neues. Sie sticht allerdings von anderen Reden des CDU-Parteitages dadurch ab, dass sie die sonst üblichen und gehässigen und ausfälligen Angriffe gegen die SPD nicht enthält. In manchen Formulierungen und auch in einigen Thesen ist deutlich zu spüren, dass schon früher von der Opposition gegebene Hinweise inzwischen doch beachtet und übernommen wurden.

Aber die Rede enthält doch all die Mängel und Unterlassungen, die dem Wohnungsbauminister schon so oft und erst kürzlich wieder in der Bundestagsdebatte entgegengehalten worden sind. So wird vor allem vor den eigenen Lobreden auf die Leistungen der CDU gar nicht mehr erkannt, dass die erfreulichen Wohnungsverhältnisse doch die Arbeitsleistung des ganzen Volkes sind, nicht nur der Hälfte oder eines Drittels, die auf die CDU entfallen. Gerade auch die sozialdemokratisch geleiteten Länder und Gemeinden, ebenso alle Bauarbeiter, alle Bauherren und Wohnungsunternehmen und auch die sozialdemokratischen Politiker, die immer wieder ihre konstruktive Kritik vorbrachten, sind an diesen Leistungsergebnissen mindestens in gleicher Weise beteiligt. Hamburg und Bremen stehen in den Leistungen der Länder unbestritten voran. Diese erfolgreiche Gemeinschaftsarbeit darf nicht nur der CDU-Politik zugeschrieben werden. Das ist einfach, so oft es auch wiederholt wird, unwehr.

Dass die immer noch vor uns liegende Arbeit, das Wohnungsland und die Wohnungsknot für alle Bevölkerungskreise so schnell wie möglich zu beseitigen, viel zu optimistisch beurteilt wird, dass die Aufgabe vermindert und vereinfacht dargestellt wird, ist man an den derzeitigen Wohnungsbauminister gewöhnt. Bei seinen stolzen Reden und Leistungsberichten wird nichts darüber gesagt, dass mehrfach erhebliche Mieterhöhungen eingeführt wurden, und dass die Mieter unter erhöhte Belastungen gestellt wurden, auch nicht darüber, dass für 1962 und 1963 weitere Mieterhöhungen kommen werden.

Die enormen Preissteigerungen im Bauhandwerk, die bisher nicht aufgehalten oder zurückgedrängt werden sind, wurden nicht erwähnt. Es wurde auch nichts darüber gesagt, dass diejenigen, die heute noch keine Wohnung haben und die immer noch primitiv hausen müssen, aus ihrem Einkommen nicht mehr die Mieten aufbringen können, die sich auf Grund der gesteigerten Boden- und Baukosten jetzt auch im sozialen Wohnungsbau ergeben.

Gegenüber diesen realen und gar nicht so optimistisch zu beurteilenden Sachlagen der Gegenwart müssen die Ankündigungen für die künftige Arbeit, die der Minister bereit ausgemalt hat, mit vielen und sehr ernstlichen Vorbehalten versehen werden. Man muss sich unwillkürlich fragen, warum denn bisher gar nichts für eine Raumordnung in der Bundesrepublik getan wurde und warum bisher kein Raumordnungsgesetz und das Bewerzungsgesetz vorgelegt worden sind, die jetzt plötzlich als dringend und sogar gesellschaftspolitisch unerlässliche Voraussetzungen erklärt werden. Die jetzige Regierung hatte es in der Hand, das alles zu tun. Die CDU hat es doch verhindert, dass ein Raumordnungsgesetz zustandekam und dass das Bewerzungsgesetz vorgelegt wurde. Das gleiche gilt für viele Möglichkeiten in den städtebaulichen Aufgaben.

Es ist nur gut, dass in vielen Gemeinden, sicherlich in den sozialdemokratisch regierten Ländern und Gemeinden, schon immer und ganz bewusst Wohnungsbau und Städtebau als eine Einheit betrieben und auch praktisch verwirklicht wurden. Dieses sogenannte neue Ziel des Ministers ist für die sozialdemokratischen Länder und Gemeinden nichts Neues. Dazu bedarf es für sie nicht erst einer neuen Wende, die erst jetzt beginnen soll. Doch dieser Appell an die künftigen Aufgaben, den der Minister gegeben hat, ist so gleichzeitig eine sehr bittere Kritik an den Versäumnissen des letzten Jahrzehnts auf dem Gebiet des Städtebaus und der Raumordnung.

Rechtsradikal bei den "Gesamtdeutschen"

sp - Einstimmig haben die 117 Delegierten, die 10 000 Mitglieder des BHE und 2000 Mitglieder der DP in Schleswig-Holstein repräsentieren, den Zusammenschluss beider Parteien zu einer Gesamtdeutschen Partei im Norden beschlossen. Die intensive und wohl auch oft sehr energische Vorarbeit liess auf diesem Vereinigungsparteitag auch kaum einen Spielraum für Gegenstimmen. Neuer Vorsitzender der national-konservativen Gesamtdeutschen Partei wurde der bisherige BHE-Landesvorsitzende Dr. Beer. Bei der Besetzung der weiteren Vorstandsposten nahm man auf die Deutsche Partei Rücksicht, aber schon in Jahresfrist sollen Wahlen stattfinden, denen keine Proportional-Verhandlungen mehr vorausgegangen sind. Politische Beobachter sagen jetzt schon voraus, dass schliesslich die Gesamtdeutsche Partei in Schleswig-Holstein die Weiterführung einer von BHE-Funktionären beherrschten Partei sein wird.

Das aber mag die Angelegenheit der beiden Parteien sein. Eine Angelegenheit von allgemeinem Interesse ist jedoch, was an betont nationalen Tönen auf dem Vereinigungsparteitag im Kieler Lokal "Eichhof" schrill hervorklang. Die neue Partei wünscht, dass alle drei Strophen des Deutschlandliedes zur Nationalhymne erhoben werden.

Im Saal waren die Fahmenthemen schwarz-weiss-rot (und schwarz-weiss) zu sehen. Dazu wurde erklärt, diese Farben zeigten lediglich die geistige Tradition, auf der man aufbaue. Der stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Weidicke bekannte sich unter freudigem Beifall zu den "Höhen und Tiefen deutscher Geschichte, die wir mit Ruhm und Schuld, mit Schmach und Glanz ganz in uns aufnehmen". Und er fügte hinzu: "Wir wollen kalte und klare Politik machen - zur Verwirklichung des ewigen Reiches der Deutschen".

Schliesslich war Dr. Beer es wiederum selbst, der unter rhythmischen Beifall in der Delegiertensaal rief: "Deutsche Menschen fühlen schon preussische und national Jahrhundert, also Adolf Hitler in Berlin einmarschierte". Der Beifall steigerte sich zum lauten Taumel, als Beer das Anstimmeln der drei Strophen des Deutschlandliedes mit den Worten einleitete: "Von der Maas bis an die Memel".

Es ist möglich, dass trotz des Trends zum Zwei-Parteien-System in Deutschland eine nationalkonservative Partei rechts der Parteienskala noch für einige Zeit ideologische Notwendigkeit sein kann. Es ist sicher, dass besonnene Kräfte in der Deutschen Partei es oft verstanden haben, sie nach rechts ausson in den Bereich des Nationalchauvinismus treibenden Elemente zu isolieren oder sich davon zu befreien. Es ist aber das grosse Fragezeichen der neuen Gesamtdeutschen Partei - jedenfalls im Norden der Bundesrepublik - ob sie diesen Willen noch besitzt oder ob sie lieber betont auf die national-konservative Dankt haut, um als Sammelbecken vom rechten Flügel der CDU bis zum rechten Flügel der Deutschen Reichspartei aufzuerstehen.

+ + +
Verantwortlich: Günter Markscheffel